



Stellungnahme von Innenminister Pistorius zum Fall Memisevic

Hannover. Innenminister Boris Pistorius hat heute einen offenen Brief des Goslarer Vereins "Leben in der Fremde e.V." erhalten. Darin setzen sich die Verfasser für das Aufenthaltsrecht eines achtjährigen serbischen Mädchens und Ihrer Familie ein. Bei dem Mädchen wurde eine Herzerkrankung diagnostiziert. Der Minister ist sehr bewegt von deren Schicksal und dankt den Unterstützern für Ihr beeindruckendes Engagement. Die neue Landesregierung ist sich mit der Initiative in der Zielsetzung einer menschlicheren Ausländerpolitik einig.

Zur Klarstellung der aktuellen Situation: Da es sich im vorliegenden Fall um ein Asylverfahren handelt, ist nicht das Land Niedersachsen, sondern der Bund (BAMF) zuständig. Das Land hat keinen Einfluss auf die fachliche Beurteilung, inwiefern und ob das Mädchen medizinisch in Serbien gut aufgehoben wäre oder ob es zwingend in Deutschland bleiben müsste. Es geht somit nicht um eine von einer niedersächsischen Ausländerbehörde zu treffenden Entscheidung, so dass auch das Innenministerium als oberste Fachaufsichtsbehörde nicht tätig werden kann.

Das zuständige Bundesamt hat festgestellt, dass die Herzerkrankung und die notwendige ärztliche Behandlung aus medizinischer Sicht derzeit auch in Serbien erfolgen könne. Damit kann ein Aufenthaltsrecht in Deutschland nicht gewährt werden. Dieser Auffassung des Bundesamtes ist gemäß der ausländerrechtlichen Vorschriften für die Landesbehörden verbindlich, die insoweit keine eigene Entscheidungskompetenz besitzen.

Der Innenminister bedauert das Prüfungsergebnis des Bundes sehr und begrüßt daher den jüngsten Beschluss des Petitionsausschusses des Niedersächsischen Landtags, wonach die Petition an den Bundestag abgegeben wird und dort noch einmal von der tatsächlich zuständigen Stelle geprüft wird. Der Innenminister hofft, dass der Deutsche Bundestag zusammen mit dem Bundesamt eine humanitäre Lösung für das kleine Mädchen findet.

Solange das Petitionsverfahren nicht abgeschlossen ist, wird der Landkreis Goslar keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen einleiten. Landkreis und Landesregierung tragen so Ihren Teil dazu bei, eine gute Lösung zu finden.